



## 25.000 Narren

Beim diesjährigen Rosenmontagszug durch Lennep trotzten 25.000 Narren dem schlechten Wetter.

Auch dieses Jahr nahmen die JUSOS wieder am Zug teil und sorgten für ordentlich Stimmung.

[LINK:](#) Galerie von RGA-Online



## Fortschritt am Bahnhof

Die Hochbauarbeiten am neuen Hauptbahnhof haben in der vergangenen Woche begonnen.

In Verhandlungen mit dem Investor HBB konnten weitere Verbesserungen für die künftigen Nutzer bei der Überdachung der Zuwegung erzielt werden.



## THEMEN

### DERIVATE

Artikel auf Seite 1

### Kinderbetreuung

Artikel auf Seite 1

### KiBiz

Kommentar auf Seite 1

Artikel auf Seite 2

### Rosenhügel

Artikel auf Seite 2

### Rosenmontagszug

Artikel auf Seite 1

# KINDERBETREUUNG GESICHERT

Die Weichen für die Kinderbetreuung in Remscheid wurden gestellt - Stadt trägt Mehrbelastung von zwei Millionen Euro.

In der kommenden Sitzung wird der Rat die Struktur der künftigen Betreuungsangebote nach dem neuen Kinderbildungsgesetz (KiBiz) beschließen. Auf Basis der im vergangenen Jahr durchgeführten Elternbefragung wurde in Verhandlungen mit den Einrichtungen ein umfassendes Konzept erstellt. Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 14. Februar einstimmig für die von der Stadt vorgelegten Strukturen gestimmt. Im weiteren Verfahren müssen diese Überlegungen vom Landesjugendamt genehmigt werden. Mit der endgültigen Genehmigung ist im April oder Mai zu rechnen. Im Einzelnen werden im Kindergartenjahr 2008 in Remscheid 3082 Plätze für drei bis sechsjährige und 389 Plätze



Städtische Kindertagesstätte Rosenhügel

für unter dreijährige Kinder angeboten. Dies entspricht einer Versorgungsquote von 90,1% bzw. 13,9%. Die Aufteilung auf die einzelnen Einrichtungen können aus der Drucksache B 51 J 154 der Stadt Remscheid entnommen werden. Diese kann auf der Homepage der Stadt als

Dokument abgerufen werden. Zu den von der Landesregierung versprochenen Verbesserungen im Bereich der frühkindlichen Bildung enthält die Vorlage keine Angaben. Die Auswirkungen des Gesetzes müssen somit auch künftig auf kommunaler Ebene politisch überwacht und gesteu-

ert werden. Zunächst bleibt bei der Stadt Remscheid eine finanzielle Mehrbelastung von rund zwei Millionen Euro hängen.

#### WEITERE INFORMATIONEN:

[Remscheid.de](http://Remscheid.de)

Beschlussvorlage (B 51 J 154)

# KIBIZ IST UND BLEIBT MUMPITZ!

Das neue Kinderbildungsgesetz bereitet mehr Probleme als es löst.



Das eigentliche Ziel des neuen Gesetzes, die frühkindliche Bildung zu stärken, ist in weite Ferne gerückt. Was die Rüttgers-Regierung und die Landtagsfraktionen von CDU und FDP geritten hat, trotz aller Proteste das Gesetz so auf den Weg zu bringen, wird ihr Geheimnis bleiben. Festzuhalten ist, dass aufgrund der Struktur des Gesetzes in Zukunft weniger Einzelbetreuung stattfinden kann, da durch die Umstellung auf die sogenannten Kopfpauschalen jeder Träger gezwungen ist, die maxima-

len Belegungszahlen auszuschöpfen. Anstatt die Zeichen der Zeit zu erkennen hat der Landtag mit CDU/FDP-Mehrheit das Rad bei der Förderung und Betreuung von Kindern wieder zurück gedreht. Auch stehen etliche Elterninitiativen wohl vor dem Aus, da ihnen die finanzielle Grundlage entzogen wird. Ausbügeln muss diese Kürzungen die Stadt Remscheid trotz Riesenlöchern im Haushalt: Durch höhere Zuschüsse oder eine

Übernahme der Angebote. Dem Fass den Bogen schlagen jedoch die Ergebnisse einer Recherche des Städtetages aus: Der neue Sprachtest verweigert vielen Kindern die nötige Förderung. Das Gesetz muss vor seinem eigentlichen Inkrafttreten am 1. August dringend überarbeitet werden, um Planungssicherheit und Bildung für unsere Kleinsten und ihre Eltern zu gewährleisten. Mein Fazit: KiBiz ist und bleibt Mumpitz!

# SPD FORDERT LÜCKENLOSE AUFKLÄRUNG

Aufgrund einer Nachfrage der SPD-Fraktion in der nichtöffentlichen Sitzung des Finanzausschusses am 14. Februar 2008 wurden die anwesenden Ausschussmitglieder über die Höhe der Verluste der Stadt bei sogenannten Derivatgeschäften in Kenntnis gesetzt. In einer Pressekonferenz informierte die Stadtverwaltung am vergangenen Montag (18.2) die Öffentlichkeit über die aktuelle Situation in Remscheid. Aufgrund der eingetretenen Verluste in Höhe von 12,7 Mil-

lionen Euro und weitere Risiken fordert die SPD-Fraktion eine lückenlose Aufklärung der Vorgänge. Bereits in der Debatte um die Einsparvorschläge der Unternehmensberatungsgesellschaft Rödl & Partner hatte die Fraktion darauf gedrängt, Risikogeschäfte zur Verringerung der Zinszahlungen der Stadt nicht mehr abzuschließen. Für den diesjährigen Haushalt bedeutet dies, dass die Stadt jährlich ca. 500.000 Euro mehr für Zinszahlungen aufwenden muss. Dieses Geld



fehlt an anderer Stelle und ist im Hinblick auf die aktuellen Sparbemühungen das völlig falsche und katastrophale Signal. Die SPD unterstützt

den von Oberbürgermeisterin Beate Wilding angekündigten Weg, einen externen Experten mit der Untersuchung des Vorgangs zu beauftragen.

## ZAHL DES TAGES

# 982

Kinder wurden im Jahr 2007 in Remscheid geboren. Sieben Jahre zuvor waren es noch 1164, 1960 1801 Geburten.

## TERMINE

16.02 - 11.05.2008

Gerd Krauskopf Ausstellung „Begegnungen“ in der Galerie der Stadt Remscheid.

21.02.2008, 16:15 Uhr

Ratssitzung

26.02.2008 18:00 Uhr

Bundestagsfraktion vor Ort „Die Arbeitswelt im Wandel“ Solingen, Gründerzentrum und Technologie Zentrum, Grünwald

17.3.2008

Beginn der Osterferien

Weitere Termine finden sie unter: [www.spd-remscheid.de](http://www.spd-remscheid.de)

Nr. 2 20. Februar 2007

# KIBIZ ZAHLEN UND FAKTEN

Mit der neuen Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagesstätten wurden zwei wesentliche Forderungen der SPD-Fraktion erfüllt. Zunächst wird der Freibetrag in der untersten Stufe der Beitragstabelle auf 18.000 Euro angehoben. Das heißt, Eltern mit einem Jahreseinkommen bis zu dieser Grenze bezahlen keine Beiträge. Die zweite wesentliche Veränderung betrifft die Zusammenlegung der Beitragssatzung für Kindertagesstätten und

den Bereich der Offenen Ganztagsgrundschule. Diese wurden nun erstmals in einem Regelwerk zusammengefasst. Die Satzungen unterscheiden sich zwar nach wie vor in den Beitragsstufungen, beinhalten aber die gleiche erste Beitragsstufe bis zu der keine Zahlungen fällig werden. Politisch wird derzeit noch ausgelotet, ob eine weitere Harmonisierung möglich ist und welche finanziellen Auswirkungen zu erwarten sind.

Die Beitragsfreiheit für Geschwisterkinder wurde beibe-

halten. Insgesamt erwartet die Verwaltung bei gleichbleibender Belegung geringfügige Mehreinnahmen. Dies ist auf die Einführung zweier neuer Beitragsstufen am oberen Ende der Einstufung zurückzuführen. Zwar räumt das neue Gesetz den Kommunen ein, grundsätzlich selbst darüber zu entscheiden, ob sie Beiträge erheben wollen oder nicht. Im Fall Remscheid aber hatte die Bezirks-

regierung im vergangenen Jahr für den Bereich der Offenen

Ganztagsgrundschule mit einer sogenannten Ersatzvornahme eine höhere Beitragsstaffelung angeordnet. Von einem Weg wie in Rheinland-Pfalz, wo Eltern nach und nach von den Beiträgen entlastet werden, ist Nordrhein-Westfalen weit entfernt. In Nordrhein-Westfalen haben nur die Kommunen eine Chance mehr für die Familienfreundlichkeit und die Attraktivität ihrer Stadt zu tun, die wohlhabend sind und nicht unter Haushaltsaufsicht stehen.

Weiterhin wurde in die Satzung

## Die neue Satzung erfüllt wichtige Forderungen der SPD-Fraktion!

Jahreseinkommen	Beitrag pro Monat		
	bis 25 Stunden wöchentliche Betreuungszeit	bis 35 Stunden wöchentliche Betreuungszeit	bis 45 Stunden wöchentliche Betreuungszeit
bis 18.000 Euro (+SGB II-Empfänger)	0 Euro	0 Euro	0 Euro
bis 26.000 Euro	25 Euro	28 Euro	45 Euro
bis 37.000 Euro	43 Euro	47 Euro	75 Euro
bis 49.000 Euro	70 Euro	77 Euro	121 Euro
bis 61.000 Euro	110 Euro	121 Euro	187 Euro
bis 74.000 Euro	145 Euro	159 Euro	247 Euro
bis 87.000 Euro	175 Euro	190 Euro	278 Euro
bis 100.000 Euro	226 Euro	241 Euro	329 Euro
über 100.000 Euro	260 Euro	275 Euro	350 Euro

geplante Elternbeiträge ab dem 1.8.2008

für die Kindertagesstättenplätze eine Differenzierung für die vom Gesetz vorgegebenen unterschiedlichen Betreuungszeiten eingebaut. So zahlen Eltern beispielsweise künftig in der zweiten Beitragsstufe (bis 26.000 €) für bis zu 25 Stunden wöchentlicher Betreuungszeit 25 € und bis zu 45 Stunden 45 € monatlich. Auch werden die Beiträge für das Mittagessen angepasst. Ab dem 1. August sind zwei Euro pro Mahlzeit in städtischen Einrichtungen zu bezahlen (bisher 1,78 €).

Jahreseinkommen	Beitrag pro Monat
bis 18.000 Euro (+SGB II-Empfänger)	0 Euro
bis 25.000 Euro	25 Euro
bis 36.000 Euro	43 Euro
bis 48.000 Euro	70 Euro
bis 60.000 Euro	110 Euro
über 60.000 Euro	145 Euro

Beitragstabelle Offener Ganztagschulen

## WEITERE INFORMATIONEN:

BesteBildung.de - Hannelore Kraft und Ute Schäfer zum Thema Bildung in NRW

## FARBE AM ROSENHÜGEL: INITIATIVE WEITER FÖRDERN



Adlerstraße im Rosenhügel

Seit dem Jahr 2005 gibt es das Fassadenprogramm am Rosenhügel. Zahlreiche Anwohner nutzten das Angebot bei dem im Falle einer Renovierung der Fassade, oder der Neugestaltung von Freiflächen die Stadt die Eigeninitiative der Bürger finanziell unterstützt.

So bekam der Stadtteil mehr Farbe und die Lebensqualität

nahm zu. Sogar eine Spielstätte für Kinder samt Bänke für deren Eltern entstand durch das Programm.

Dieses Engagement der Bürgerinnen und Bürger hat die SPD gesichert. Mittlerweile wurde ein Kompromiß erzielt, der in der kommenden Ratssitzung beschlossen werden soll.

## WIR GEBEN FAMILIEN RECHT: SPD SETZT KINDERBETREUUNG AB EINS DURCH

Eltern erwarten zu Recht, dass sie, wenn ihr Kind 12 oder 14 Monate alt ist, wieder in den Beruf zurückkehren können. Dafür brauchen sie verlässliche Strukturen. Bei einem Kinderbetreuungsangebot in den alten Bundesländern von zurzeit rund 8 Prozent für Unter-Dreijährige gibt es für viele Eltern keine Wahlfreiheit. Die Einsparungen der NRW-Landesregierung bei den Zuschüssen zu Elternbeiträgen für Kindertagesstätten sowie die Kürzungen im Kinder- und Jugendplan sind kontraproduktiv. Das Unvermögen der Landesregierung müssen Eltern und Kinder ausbaden.

Für uns Sozialdemokraten hat Familienpolitik einen hohen Stellenwert. Deshalb ist der Ausbau der Betreuungsplätze für Unter-Dreijährige nach dem Elterngeld der



Jürgen Kucharczyk, MdB

nächste wichtige Bausteine. Damit verbunden sind gleiche und bessere Bildungschancen von Anfang an, eine bessere Integration von Kindern aus allen sozialen Schichten, die Vermeidung von Familienarmut und eine echte Wahlfreiheit.

Wir haben uns mit unserer Forderung auf Betreuung ab dem 1. Lebensjahr gegen die Union

durchgesetzt! Diese Garantie auf einen Betreuungsplatz schreiben wir 2008 in einem Gesetz fest – sie gilt dann ab 2013. In den kommenden Jahren müssen sich Länder und Kommunen an diesem Anspruch messen lassen. Die SPD wird wie in den vergangenen Jahren genau hinschauen und - wenn nötig – auf Nachbesserungen drängen.



## Liebe Leserinnen und Leser,

Ein Problem das sich aus KiBiz ergibt, ist bisher noch nicht thematisiert worden.

Eigentliches Ziel war, die Betreuung zu verbessern und somit die Möglichkeit der Eltern eine

## EDITORIAL

Berufstätigkeit auszuüben zu verbessern. Bisher gibt es aber aufgrund des Verfahrens noch keine verbindlichen Zusagen für einen Platz. Mit diesen ist erst im April/Mai zu rechnen. Weder Familien noch Unternehmen können so planen. Der Familienfreundlich-

keit wurde somit ein Bärendienst erwiesen, der im schlimmsten Fall zu finanziellen Existenznöten führen kann. Mein Fazit: Junge Eltern sollten das Gesetz formulieren.

Martin Brink  
Fraktionsgeschäftsführer

## KONTAKT

Adresse:  
Elberfelder Straße 39  
42853 Remscheid  
Tel: 02191 927 430  
Fax: 02191 493 116

Email: info@rs-spd.de  
http://www.spd-remscheid.de

## IMPRESSUM

Vi.S.d.P.:  
SPD-Ratsfraktion Remscheid  
Martin Brink

Redaktion:  
Frédéric Ranft